

EUROPA? Das sind wir alle!

Auf neudeutsch: bashing (englisch für „Beschimpfung“) ist eine neuzeitliche Mode, mit dem man offensichtlich versucht, völlig gedankenlos etwas mehr als nur zu kritisieren. Viele Menschen in Europa, vor allen Dingen wenn sie nach 1970 geboren wurden, kennen das Europa der Grenzen schon nicht mehr. Man hat sich daran gewöhnt, Waren kaufen zu können, die aus allen möglichen europäischen Ländern kommen. Wer heute eine Pizza kaufen will, dazu Rotwein aus Frankreich und Oliven aus Griechenland, um ein Abendessen zu bereiten, der kann das ohne große Probleme tun. Dabei hat er die Möglichkeit, an jedem Tag der Woche, andere kulinarische Köstlichkeiten aus dem Ausland zu kaufen, um seine Speisekarte aufzufrischen. Wer heute über 50 Jahre alt ist, kennt auch noch die Passkontrollen an den Grenzen, wenn es zum Kurzurlaub nach Holland oder zu einem längeren Aufenthalt am Mittelmeer ging. Dabei musste man sich darüber Gedanken machen, wieviel man zollfrei mit-



nehmen oder bei der Rückkehr wieder einführen durfte. Kaum zu glauben, dass seit nunmehr 70 Jahren Frieden zwischen den Staaten der EU herrscht. Ganz selbstverständlich gehen junge Menschen zur Ausbildung oder zum Studium ins europäische Ausland, gesponsert durch das Erasmusprogramm der EU. Wir exportieren 75% unserer Waren in die EU. Kein Land ist so abhängig von der EU wie die Bundesrepublik Deutschland. Dass unser Verhalten in diesem Bereich für andere Staaten der EU zu einem Problem geworden ist, lassen wir mal beiseite. Nicht jeder unserer Nachbarn ist darüber sehr glücklich, weil unsere viel zu niedrigen Erstellungskosten, die Öko-



nomien der Importländer nachhaltig beeinflusst und sogar zerstört. Grenzüberschreitende und grenzenlose Energieversorgung innerhalb Europas hat uns in den vergangenen Jahren davor geschützt, einen Blackout zu erleben. Selbst die EU-Staaten, die so wie Frankreich bisher an ihrer gefährlichen Atom-Energie festhalten, haben begonnen, in kleinen Schritten umzudenken, weil sie bemerkt haben, dass regenerativ gewonnener Strom unseren Planeten schützt, anstatt ihn wie Kohle- und Atomstrom zu bedrohen oder wie bei fossilen Energieträgern den Klimawandel forcieren. Europaweite Umweltschutzstandards wäre ohne die EU nicht möglich gewesen. Das gilt ebenfalls für den Verbraucherschutz.

Natürlich muss die EU reformiert werden, denn sie hat bedingt durch ihre Konstruktion erhebliche Fehler in sich verankert. Als erstes sollte man klären, was die EU sein soll. Eine politische Union oder einfach nur ein großer Binnenmarkt. Denn das letztere ist die Realität. Als EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) am 25.3.1957 in

Rom gegründet, wurde sie 1992 in EG (Europäische Gemeinschaft) umbenannt, um dann 2009 in Lissabon durch Vertrag in die EU (Europäische Union) umgetauft zu werden.

Von diesem Zeitpunkt an wird die Entwicklung der europäischen Einigung zunehmend schwerfälliger. Denn was niemand in Brüssel und Straßburg bedacht hat: eine EU ist eigentlich mehr als ein Binnenmarkt. Das wurde den Verantwortlichen schließlich wahrscheinlich klar. Allerdings hat sich niemand die Mühe gemacht, sowohl den EU-Mitgliedsstaaten als auch den Beitrittskandidaten deutlich zu machen, dass eine politische Union auch

gleichzeitig bedeuten muss, nationale Befindlichkeiten hintanzustellen und Souveränitäten aufzugeben. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Lippenbekenntnisse von verschiedenen alteingewohnten Mitgliedern, die sich für eine Union aussprechen gibt es viele, aber was das letztendlich für die Nationalstaaten bedeutet, das wagen sie heutzutage nicht mehr auszusprechen. Europa, ein ökonomischer Riese und ein politischer Zwerg, zweifelt an sich selbst



EUROPA? Das sind wir alle!

Fortsetzung von Seite 1

und macht so das Ding von Gegnern einer politischen und vor allen Dingen starken ökonomischen Macht. Aber auch die gegenwärtigen verknöcherten Instanzen der EU tun fast alles, um sich bei den EU-Bürgern unbeliebt zu machen. Beste Beispiele sind Freihandelsabkommen CETA (mit Kanada) und TTIP (mit den USA). Die EU-Oberen versuchen an den Bürgern vorbei zu regieren und kritisches Denken und Verhalten von Nichtregierungsorganisationen als so eine Art Majestätsbeleidigung darzustellen. Brüssel vergisst hierbei etwas sehr notwendiges: das Mitnehmen seiner EU-Bürger. So kommt es nicht selten vor, dass Brüssel Entscheidungen trifft, die für den Bürger nicht durchsichtig und einsehbar sind. Es muss also von seiten Brüssels einiges getan werden, etwas innerhalb der Organisation EU zu ändern. Und den EU-Staaten bleibt nichts anderes übrig, als einen Teil ihrer Souveränität an Brüssel abzugeben, damit die EU sich zu einer wirklichen politischen Union weiterentwickeln kann. Außerdem ist es jetzt an der Zeit, auch über Alternativen

nachzudenken, die bisher nicht bedacht wurden. Ein Zerfall der EU bringt allen Beteiligten gar nichts. Weitermachen wie bisher ist nur bedingt möglich. Dann sollte man auch mal darüber nachdenken, dem EU-Parlament wirklich so viele Rechte zuzubilligen, wie es einem demokratisch gewählten Parlament eigentlich zusteht. Warum kann ein Bürger in Spanien nicht einen EU-Parlamentarier aus einem anderen EU-Land wählen? Warum gibt es noch immer keine zweite Kammer in Brüssel, die die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten nach Mitverantwortung und Teilhabe an Entscheidungen auf EU-Ebene befriedigt. Diese zweite Kammer, son eine Art Bundesrat wie in Deutschland, würde von den Bürgern der jeweiligen Nationen gewählt werden. Und dann bliebe da noch die EU-Kommission. Ihre Aufgabe sollte zukünftig nur noch beratender Funktion sein. Das sind nur wenige Beispiele, wie man die EU wieder bürgernäher und -freundlicher gestalten könnte. Die Fehler bei CETA und TTIP wären so nicht entstanden.

EUROPA geht auch solidarisch?

Vortrag von Dr. Mechthild Schrooten, Professorin für Volkswirtschaftslehre



Wettbewerb und Solidarität sind zwei wichtige ökonomische Prinzipien. In den letzten Jahrzehnten wurde der Wettbewerb zum wichtigsten Wachstumsmotor erklärt. Dies gilt auch in Europa. Längst jedoch ist die Mitgliedschaft in der EU kein Wohlstandsgarant mehr. Im europäischen Wettbewerb gibt es immer mehr Verlierer. Die Ausgestaltung der Europäischen Union muss vollständig überdacht werden.

Dabei darf auch die Diskussion um den nationalstaatlichen Einfluss nicht ausgeblendet werden. „Europa geht auch solidarisch“ – stellt dem neoliberalen Wettbewerbsmodell Ideen gegenüber, die auf die Lebensbedingungen der Menschen zielen. Dabei spielen das Geld, das Vermögen und die Verteilung eine große Rolle.

NOTTULN - 3.5.2017 - Beginn:
19 Uhr - Alte Amtmannei, Stiftsstraße
Eintritt frei



Donald Trump tritt zurück!

Wie von gut unterrichteten Kreisen aus Washington zu erfahren war, plant Donald Trump aus Altersgründen zurückzutreten. Sein Hausarzt habe ihm jede Aufregung verboten. Er habe sich getäuscht darin, wie schwer Präsident sein sei.

Trump lehnt Einladung zur Queen nach England ab.

Seine Tochter Ivanka habe ihm erklärt, dass Königin Elisabeth II von Großbritannien kein einziges Modeaccessoire aus Irvankas Kollektion besitze.

Trump besucht den Diktator Nordkoreas Kim Jong Un

Trump wolle von Kim Jong Un lernen, wie man mit missliebiger Presse umgehen kann. Trump offenbart da Schwierigkeiten im Umgang mit der US-Presse.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

[info\(at\)joachim-gogoll.de](mailto:info(at)joachim-gogoll.de)
www.joachim-gogoll.de

TERMIN:



**Wir werden 15
Wir feiern mit
Prof. Dr. Bontrup
Wann?
am 21.5.2017
11 Uhr bei Menke in
Nottuln**

Nur ein Kollateralschaden?

